



FDP
Die Liberalen



Medienmappe

zur Medienkonferenz vom 25.05.2021, 09:30 Uhr,
Räumlichkeiten der IHK St.Gallen-Appenzell

Überparteiliches Komitee

«JA zur Spitalstrategie»

Abstimmungen vom 13. Juni 2021

Co-Präsidium / vertretene Parteien und Organisationen

Kantonsrat Karl Güntzel, Fraktionsvorstandsmitglied SVP, 071 222 90 23,
quentzel.ra@bluewin.ch

Kantonsrat Patrick Dürr, Kantonalpräsident CVP, 076 347 68 67, patrick.duerr@catv.rol.ch

Kantonsrat Raphael Frei, Kantonalpräsident FDP, 079 288 82 33, r.frei@gmx.ch

Kantonsrat Meinrad Gschwend, Fraktionspräsident Grüne, 071 755 43 71,
gschwend.meinrad@rsnweb.ch

Kantonsrätin Sarah Noger-Engeler, Vorstandsmitglied GLP, 071 290 01 39
sarah.noger-engeler@glp-sg.ch

Daniel Bertoldo, Kantonalpräsident EVP, 079 287 14 33, daniel.bertoldo@evp-sg.ch

Markus Bänziger, Direktor IHK St.Gallen-Appenzell, 071 224 10 10,
markus.baenziger@ihk.ch

Koordination: Christoph Graf, Geschäftsführer / Fraktionssekretär FDP, 076 426 73 55,
graf@fdp.sg

ZITATE

«Die neue Spitalstrategie ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer Gesundheitsversorgung, die auf die Zukunft ausgerichtet ist.»

Kantonsrat Karl Güntzel, Fraktionsvorstandsmitglied SVP

«Die Erst- und Notfallversorgung bleibt im ganzen Kanton flächendeckend gesichert. Über 99 Prozent der Wohnbevölkerung haben mittels motorisierten Individualverkehrs (MIV) innert 30 Minuten und 50 Kilometern Zugang zu einem öffentlich-rechtlichen Spital mit stationärer Grundversorgung.»

Kantonsrat Patrick Dürr, Kantonalpräsident CVP

«Mit diesem ersten Schritt wollen Regierung und Kantonsrat das Beste für die Menschen in unserem Kanton – vor allem in Hinblick auf die Qualität der Gesundheitsversorgung und nicht primär hinsichtlich regionalpolitischer Befindlichkeiten.»

Kantonsrat Raphael Frei, Kantonalpräsident FDP

«Die Notwendigkeit des Strukturwandels steht dabei ausser Frage und wurde kürzlich auch in den Nachbarkantonen Appenzell-Ausserrhoden und Appenzell-Innerrhoden offenbar. Dort wurden Spitäler geschlossen oder gar nicht erst gebaut.»

Kantonsrat Meinrad Gschwend, Fraktionspräsident Grüne

«Ganz konkret zum Toggenburg: Mit der Solviva wurde ein Partner gefunden, der Arbeitsplätze im Tal und in der Standortgemeinde Wattwil sichert und mit der Langzeitpflege auch der älteren Bevölkerung entgegenkommt.»

Kantonsrätin Sarah Noger-Engeler, Vorstandsmitglied GLP

«Die neue Spitalstrategie hat keinen direkten Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung. Beim Strukturwandel insgesamt sowie der neuen Spitalstrategie geht es nicht um die Reduktion von IPS-Betten.»

Daniel Bertoldo, Kantonalpräsident EVP

«Wir begrüssen die neue Spitalstrategie; die Strategie anerkennt den Bedarf einer Leistungskonzentration. Es besteht dringender Handlungsbedarf, und die Massnahmen erscheinen als zielgerichtet und angemessen.»

Markus Bänziger, Direktor IHK St.Gallen-Appenzell



MEDIENMITTEILUNG

Breite Allianz befürwortet Spitalstrategie

SVP, CVP, FDP, Grüne, GLP, EVP und die IHK kämpfen gemeinsam für ein JA

Eine Allianz aus SVP, CVP, FDP, Grüne, GLP, EVP und der IHK kämpft gemeinsam für ein JA zu den Spitalvorlagen vom 13. Juni 2021. Die genannten Organisationen bilden das überparteiliche Komitee «JA zur Spitalstrategie». Das Komitee zeigt sich überzeugt: Nur ein JA zu den Spitalvorlagen und damit zur Spitalstrategie sichert die Qualität der Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton. Zudem ist die Strukturanpassung auch nötig, um die Finanzierbarkeit sicherzustellen. Mit der neuen Spitalstrategie bleibt die Notfallversorgung in gewohnter, sehr guter Qualität erhalten.

Die neun vom Kantonsrat verabschiedeten Erlasse aus der Sammelvorlage «Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde» bilden ein integrales Paket zur Sicherung der Qualität und der Finanzierbarkeit der Gesundheitsversorgung im Kanton St.Gallen. Drei dieser Spitalvorlagen gelangen am 13. Juni 2021 zur Abstimmung. Eine breite Allianz aus SVP, CVP, FDP, Grüne, GLP, EVP sowie der IHK-St.Gallen-Appenzell befürwortet die neue Spitalstrategie und insbesondere die drei Abstimmungsvorlagen. Nur die SP ist nicht im Komitee vertreten. An einer gemeinsamen Medienkonferenz legte das Co-Präsidium des überparteilichen Komitees «JA zur Spitalstrategie» die wichtigsten Argumente dar.

Qualität und Finanzierbarkeit

Regierung und Kantonsrat haben die neue Spitalstrategie ausgearbeitet, um die Strukturen des St.Galler Gesundheitswesens an den technologischen und medizinischen Fortschritt anzupassen, auf das Verhalten der Patientinnen und Patienten zu reagieren sowie die Qualität der Gesundheitsversorgung in allen Regionen des Kantons auch zukünftig sicherzustellen. Mit diesen wichtigen Schritten werden die Spitalverbunde auch betriebswirtschaftliche gestärkt und erste Finanzrisiken für den Kanton abgebaut.

Notfallversorgung und Erreichbarkeit bleiben gewährleistet

Keinen Einfluss hat die neue Spitalstrategie auf die Notfallversorgung. Die Erst- und Notfallversorgung bleibt im ganzen Kanton flächendeckend gesichert. Die bereits gut funktionierenden Rettungsorganisationen stehen weiterhin zur Verfügung (Rettung St.Gallen sowie die Regio 144 im Linthgebiet). Im Kanton St.Gallen gilt heute schon die Vorgabe, 90 Prozent der Fälle innert 15 Minuten zu erreichen. Umgekehrt erreichen über 99 Prozent der Wohnbevölkerung mittels motorisierten Individualverkehrs (MIV) innert 30 Minuten und 50 Kilometern ein öffentlich-rechtliches Spital mit stationärer Grundversorgung.

Rasche Umsetzung bei einem JA

Das Komitee sowie die darin vertretenen Parteien und Organisationen erwarten von der Regierung und den beteiligten Gemeinden sowie Unternehmen, dass die Umsetzung nach einem allfälligen JA am 13. Juni rasch an die Hand genommen wird. Nur dann werden die gefällten Entscheide auch die erwünschte Wirkung erzielen. Verzögerungen wären Gift für die Gesundheitsversorgung. Sollte sich die Lage rund um die Spitäler indes ändern, ist die Regierung eingeladen, die Öffentlichkeit und den Kantonsrat rasch darüber zu informieren sowie entsprechende Massnahmen vorzuschlagen.



REDETEXTE

Es gilt das gesprochene Wort.

Christoph Graf, Koordinator überparteiliches Komitee

«Sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie herzlich zur Medienkonferenz des überparteilichen Komitees «JA zur Spitalstrategie». Sie hören richtig: Die heute vertretenen Parteien und Organisationen stehen gemeinsam für ein JA zur Spitalstrategie ein, auch wenn nur drei der neun Spitalvorlagen am 13. Juni 2021 tatsächlich zur Abstimmung gelangen. Die neun vom Kantonsrat verabschiedeten Erlasse aus der Sammelvorlage «Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde» bilden ein integrales Paket zur Sicherung der Qualität und der Finanzierbarkeit der Gesundheitsversorgung im Kanton St.Gallen. Aus diesem Grund werden sich die Vertreterinnen und Vertreter des Co-Präsidiums vor allem allgemein zur vorliegenden Strategie äussern und Ihnen ihre Argumente vorlegen.

Im Anschluss an meine Begrüssung und Einführung werden die einzelnen Personen ihre Argumente darlegen. Nachher besteht selbstverständlich auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Am Schluss der Medienkonferenz stehen Ihnen alle Beteiligten für Einzelinterviews zur Verfügung. Bevor ich zu Herrn Kantonsrat Karl Güntzel überleite, möchte ich der IHK St.Gallen-Appenzell herzlich für die Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten danken.»

Kantonsrat Karl Güntzel, Fraktionsvorstandsmitglied SVP

«Sehr geehrte Medienschaffende

Auch meinerseits begrüsse ich Sie zur heutigen Medienkonferenz.

Die Spitalpolitik beschäftigt unseren Kanton schon viele Jahre. Dass Handlungsbedarf besteht, ist schon viel länger bekannt. Bereits 1995 – ja, vor über 20 Jahren! – war klar, dass die heute immer noch bestehenden Strukturen keine Zukunft haben. Nur ging man nicht davon aus, dass es noch über 20 Jahre dauert, bis alle zu dieser Überzeugung gelangen: «Es wird aber für die politisch Verantwortlichen neu eine kontinuierliche Aufgabe sein, den notwendigen Bewusstseinswandel mitzugestalten. In diesem Sinne ist nach Auffassung des Experten die Spitalplanung 1995-2005 des Kantons St.Gallen kein Meilenstein, sondern Startpunkt für eine vertiefte Auseinandersetzung.» Dieses Zitat stammt von Seite 18 des Begleitberichts der Regierung zur Spitalplanung 1995 vom 24. Oktober 1995. Ebenfalls bereits 1995 stand eine Lösung des Problems zur Diskussion, die uns in Anbetracht heute geführten Debatte ebenfalls hellhörig werden lässt (S. 8): «Das Modell Zonenspitäler sieht eine Konzentration der heutigen acht Landspitäler auf vier Schwerpunktspitäler und ein Landspital vor. Diesem Modell liegt die Überzeugung zugrunde, dass langfristig nur Spitäler mit mindestens 200 Betten die fachlichen und finanziellen Anforderungen erfüllen und ein attraktives Leistungsangebot gewährleisten können.»

Wir hatten als Bevölkerung bisher nicht den Mut, unsere Strukturen kritisch zu überdenken und die nötigen Schritte einzuleiten, stark beeinflusst durch die ablehnende Haltung des Gesundheitsdepartements und der Regierung gegen jegliche Veränderungen. So auch nicht, als im Jahr 2015 nach 15-jährigem Moratorium sechs Spitalvorlagen mit grossen Mehrheiten angenommen wurde. Wäre aber bereits damals offen und transparent informiert worden, wären die Abstimmungen anders ausgefallen. Davon bin ich überzeugt. Ja, es hätten gar nicht alle Teilvorlagen beschlossen und dem Volk vorgelegt werden dürfen.

Der Stillstand, der damals beschlossen wurde, kann jetzt überwunden werden. Die neue Spitalstrategie ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer Gesundheitsversorgung, die auf die Zukunft ausgerichtet ist.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe das Wort an Kollege Patrick Dürr.»

Kantonsrat Patrick Dürr, Kantonalpräsident CVP

«Sehr geehrte Medienschaffende

Auch meinerseits begrüsse ich Sie zur heutigen Medienkonferenz.

Nach über zweijähriger Beratungsdauer haben Regierung und Kantonsrat ihre Verantwortung wahrgenommen und den Weg zu einer zukunftsfähigen Spitallandschaft im Kanton geebnet. Wir stehen hinter den Beschlüssen des Kantonsrates, die fünf Spitäler und vier Gesundheits- und Notfallzentren vorsehen. Ebenfalls unterstützen wir auch den Auftrag, mit dem Kantonsspital Graubünden die Einbindung des Spitals Walenstadt in einen überkantonalen Spitalverbund zu prüfen. Ebenso soll die Weiterentwicklung des Spitals Wil überprüft werden, bevor Investitionen getätigt werden. Die klaren Mehrheiten im Parlament setzen ein Zeichen für eine hohe Qualität an den St.Galler Spitalern und schafften Transparenz und Sicherheit gegenüber den Mitarbeitenden.

Die Entscheidungen des Kantonsrats haben klar gemacht, dass die Beibehaltung der bisherigen Spitalstrategie Quadriga II gegenüber der Bevölkerung unverantwortlich wäre. Wir danken der Regierung und dem Verwaltungsrat der Spitalverbunde für den Durchhaltewillen und die Führungsstärke in den letzten Monaten und Jahren. Besonders dem Gesundheitschef und den anderen Regierungsmitgliedern im Lenkungsausschuss. Wir erwarten von der Regierung aber auch, dass die Umsetzung nach einem allfälligen JA am 13. Juni rasch an die Hand genommen wird. Nur dann werden die gefällten Entscheide auch die erwünschte Wirkung erzielen. Verzögerungen wären Gift für die St.Galler Gesundheitsversorgung. Sollte sich die Lage rund um die Spitäler indes ändern, ist die Regierung eingeladen, die Öffentlichkeit und den Kantonsrat rasch darüber zu informieren sowie entsprechende Massnahmen vorzuschlagen.

Ein sehr wichtiger Aspekt innerhalb der neuen Spitalstrategie ist die Notfallversorgung. Die Erst- und Notfallversorgung bleibt im ganzen Kanton flächendeckend gesichert. Über 99 Prozent der Wohnbevölkerung haben mittels motorisierten Individualverkehrs (MIV) innert 30 Minuten und 50 Kilometern Zugang zu einem öffentlich-rechtlichen Spital mit stationärer Grundversorgung. Die Spitäler Altstätten, Flawil, Rorschach und Wattwil werden in Gesundheits- und Notfallzentren (GNZ) mit ergänzenden Angeboten der Gesundheitsversorgung und der Pflege umgewandelt. Sie sollen prioritär in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten betrieben werden und auf den Bedarf der Region ausgerichtet sein. Diese GNZ gewährleisten, dass die Einwohnerinnen und Einwohner im Notfall in der Regel eine Anlaufstelle innerhalb von 20 Minuten Fahrzeit im Privatfahrzeug selbständig erreichen können. Weiter stehen die bereits gut funktionierenden Rettungsorganisationen unverändert zur Verfügung (Rettung St.Gallen sowie die Regio 144 im Linthgebiet). Im Kanton St.Gallen gilt heute schon die Vorgabe, 90 Prozent der Fälle innert 15 Minuten die Patientin oder den Patienten zu erreichen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe das Wort an Kollege Raphael Frei.»

Kantonsrat Raphael Frei, Kantonalpräsident FDP

«Sehr geehrte Medienschaffende

Auch meinerseits begrüsse ich Sie zur heutigen Medienkonferenz.

Bei der aktuellen Debatte sprechen alle von einzelnen Standorten, vom Schreckgespenst der Schliessung. Im Zentrum aber muss doch der Mensch stehen, die Qualität unserer Gesundheitsversorgung. Wir sind der Auffassung, dass der Staat die Rahmenbedingungen festlegen muss, damit die Leistungserbringer ihre Aufgabe effektiv und effizient erfüllen können. Dabei müssen wir eigentlich nicht über einzelne Spitalstandorte sprechen, sondern uns bewusst machen, dass wir ein strukturelles Problem haben. Konsequenterweise müssten wir zuerst auch dieses Problem angehen, bevor wir grossartig über

einzelne Standorte sprechen. Nun liegt aber eine erste Sammelvorlagen vor – über einen Teil davon stimmen wir am 13. Juni ab. Mit diesem ersten Schritt wollen Regierung und Kantonsrat das Beste für die Menschen in unserem Kanton – vor allem in Hinblick auf die Qualität der Gesundheitsversorgung und nicht primär hinsichtlich regionalpolitischer Befindlichkeiten. Und um nochmals den von Kollege Güntzel zitierten Bericht von 1995 zu Wort kommen zu lassen (S. 17): «Der aktuelle Widerstand gegen die Schliessung von Spitälern erinnert z. B. an den Widerstand in der Bevölkerung gegen die Aufhebung von bedienten Bahnstationen: Diese Stationen wiesen mangelnde Frequenzen auf – und ein Grossteil jener, welche sich gegen einen effizienteren Betrieb wehrten, hat die Bahn selten oder nie benutzt.» Es ist nun die dringende Aufgabe der kantonalen Politik, die Bevölkerung offen und ehrlich von der Notwendigkeit neuer Strukturen zu überzeugen. Strukturen, die dem medizinischen Fortschritt und dem geänderten Patientinnen- und Patientenverhalten angepasst sind und höchste Qualität erst ermöglichen. Diese Strukturanpassung wird von folgenden Megatrends getrieben: technologischer Fortschritt, Fachkräftemangel, Ambulantisierung (Regulierung), Spezialisierung in der Medizin, Reduzierung der Aufenthaltsdauern, geringerer Bettenbedarf, politisch gewollter Wettbewerb, demografische Entwicklung. Und zu guter Letzt: Ein attraktives Arbeitsumfeld schafft Karrieremöglichkeiten für motivierte, gutausgebildete Fachkräfte, die wir damit im Kanton behalten können.

Aus aktuellem Anlass erlaube ich mir noch eine kurze Reaktion auf die Kommunikation der SP von vergangener Woche: Die SP verschickte letzte Woche eine ausführlich «rechtliche Analyse» – ohne, dass die spezialisierte Juristin oder der spezialisierte Jurist genannt wurde, die bzw. der dieses «Gutachten» verfasste. Das hat vermutlich damit zu tun, dass es eben keine rechtliche, sondern rein politische – und erlauben Sie – faktenferne «Analyse» ist. Die Regierung hat bei diversen Gelegenheiten klar gemacht, wie sich die rechtliche Situation darstellt. Der Kantonsrat hat seine Entscheidungen mit Blick auf ebendiese Ausgangslage gefällt. Die SP wäre gut beraten, sich mit redlichen Argumenten zu engagieren und sich endlich von der Verbreitung zweifelhafter Fakten zu distanzieren.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe das Wort an Kollege Meinrad Gschwend.»

Kantonsrat Meinrad Gschwend, Fraktionspräsident Grüne

«Sehr geehrte Medienschaffende

Auch meinerseits begrüsse ich Sie zur heutigen Medienkonferenz.

Wir sind uns bewusst, dass die geplanten Umnutzungen auch zu Verunsicherung führen – sowohl bei der Bevölkerung, als auch bei den Mitarbeitenden. Das müssen wir ernst nehmen. Es bringt nichts, Ängste zu schüren und Unwahrheiten über die Versorgungssicherheit zu verbreiten. So ist – wie wir bereits gehört haben – weder die Notfallversorgung noch die regionale Gesundheitsversorgung in Frage gestellt. Im Gegenteil: Die neue Spitalstrategie stärkt beides massgeblich. Wir hoffen auch, dass allfällige politische Gräben in dieser Angelegenheit bald geschlossen und sich das gesamte politische Spektrum wieder konstruktiv an der Umsetzung der neuen Spitalstrategie beteiligen.

Die Regierung hat in diesem Zusammenhang das weitere Vorgehen an den Spitalstandorten Flawil, Rorschach und Wattwil aufgezeigt. Wir freuen uns, dass für alle drei Standorte Lösungen präsentiert wurden, die weiterhin eine schnelle und qualitativ hochwertige Grund- und Notfallversorgung zulassen. Die Regierung hat damit bestätigt, dass sie die Ängste von Teilen der Bevölkerung ernst nimmt und den dringend notwendigen Strukturwandel im St.Galler Spitalwesen zwar konsequent angeht, aber dennoch behutsam umsetzt. Ebenfalls als sehr positiv bewertet wird der Umstand, dass die niedergelassene Ärzteschaft bei den präsentierten Lösungen eine zentrale Rolle spielt. Die Notwendigkeit des Strukturwandels steht dabei ausser Frage und wurde kürzlich auch in den Nachbarkantonen Appenzell-Ausser rhoden und Appenzell-Innerrhoden offenbar. Dort wurden Spitäler geschlossen oder gar nicht erst gebaut.

Die Vorschläge zu den zukünftigen Angeboten an den umgenutzten Standorten der heutigen Akutspitäler tragen sicherlich auch dazu bei, dass gewisse Vorbehalte gegen die neue Spitalstrategie entkräftet werden. Wir sind deshalb überzeugt, dass dieselben dazu beitragen, dass die Spitalvorlagen am 13. Juni 2021 an der Urne angenommen werden. Im Gegenzug muss klar sein: Sollte der Souverän am Baubeschluss in Wattwil festhalten, wird dort eine Lösung um Jahre verzögert. Leidtragende wären in diesem Fall die Patientinnen und Patienten vor Ort.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe das Wort an Kollegin Sarah Noger-Engeler.»

Kantonsrätin Sarah Noger-Engeler, Vorstandsmitglied GLP

«Sehr geehrte Medienschaffende

Auch meinerseits begrüsse ich Sie zur heutigen Medienkonferenz.

Das wichtigste Ziel dieser Spitalstrategie ist – wir haben es bereits mehrfach gehört – die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton. Dazu gehört auch das Toggenburg. Die «Rettung SG» stellt mit zwei Stützpunkten im Toggenburg, Bütschwil und Wattwil, die Notfallversorgung sicher. Die Regierung hat sich verpflichtet, eine optimale Gesundheitsversorgung mittels GNZ im ganzen Kanton sicherzustellen. Daran wird sie gemessen, nicht an der Anzahl an Spitälern.

Die teuren, komplizierten Fälle werden schon heute in die Zentrums spitäler verlegt. Die Bündelung von Leistungen und Fachwissen macht also Sinn und kommt den Patientinnen und Patienten zu Gute. Sie sichert die Qualität. Qualität im Gesundheitswesen heisst konkret, dass es eine Mindestanzahl an Ausritten pro Spitalstandort braucht und eine minimale Anzahl eines bestimmten Eingriffs vonnöten ist. Es ist zudem zu bedenken, dass grössere Einrichtungen für das Fachpersonal attraktiver sind, denn nur bei genug Fällen pro Jahr kann Expertise aufgebaut werden. Grössere Einheiten führen aber auch zu einer besseren Auslastung von teurer medizinischer Infrastruktur.

Wir haben es ebenfalls bereits gehört: Inzwischen liegen konkrete Vorschläge für die Umnutzungen vor. Ganz konkret zum Toggenburg: Mit der Solviva wurde ein Partner gefunden, der Arbeitsplätze im Tal und in der Standortgemeinde Wattwil sichert und mit der Langzeitpflege auch der älteren Bevölkerung entgegenkommt. Es ist aber – und nicht nur im Toggenburg – wichtig, dass die staatlichen und privaten Angebote eng abgestimmt werden und Private nicht genau dasselbe anbieten wie die staatlichen Spitäler und eine unnötige Konkurrenz auf dem Markt schaffen.

Man darf auch zugeben, dass die Entscheidung vor rund 10 Jahren, alle Spitäler für nahezu eine Milliarde Franken auszubauen, aus heutiger Sicht falsch war. Man darf gescheitert werden und muss nicht blind Fehler weiterziehen. Zudem hat die Spezialisierung und Technologisierung in der Medizin massiv zugenommen. Diese Infrastruktur kann nicht überall aufgebaut werden. Gesundheit muss sich nicht rentieren, aber sie darf die Steuerzahlerin und den Steuerzahler nicht Millionen kosten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe das Wort an Kollege Daniel Bertoldo.»

Daniel Bertoldo, Kantonalpräsident EVP

«Sehr geehrte Medienschaffende

Auch meinerseits begrüsse ich Sie zur heutigen Medienkonferenz.

Die Grundversorgung mit einer 24h-Notfallstation mit integrierter Notfallpraxis bleibt in allen Regionen sichergestellt. Die vorliegende Spitalstrategie vereint solide Grundversorgung und kosteneffiziente Strukturen. Ein NEIN an der Urne bedeutet indes nicht den Erhalt des der Spitäler – die anderen Entscheide des Kantonsrates sind nämlich abschliessend.

Erlauben Sie mir, auch noch kurz auf die Zusammenhänge mit der COVID-19-Pandemie zu sprechen zu kommen. Die neue Spitalstrategie hat keinen direkten Zusammenhang mit der

Pandemiebekämpfung. Beim Strukturwandel insgesamt sowie der neuen Spitalstrategie geht es nicht um die Reduktion von IPS-Betten.

Für die Zukunft wünschen wir uns eine verstärkte Ostschweizer Zusammenarbeit – die Strategie darf nicht vor dem Kantönlicheist Halt machen! Überkantonale Ideen wie in Walenstadt braucht es mehr. Nur durch Kooperation kann eine flächendeckende, qualitativ hochstehende und bezahlbare Gesundheitsversorgung sichergestellt werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe das Wort an den letzten Redner, Markus Bänziger.»

Markus Bänziger, Direktor IHK St.Gallen-Appenzell

«Sehr geehrte Medienschaffende

Auch meinerseits begrüsse ich Sie zur heutigen Medienkonferenz.

Die Spitalpolitik muss in der Gegenwart ankommen. So stellte die IHK bereits mit der 2013 in Auftrag gegebenen Studie «HFutura» fest, dass eine Leistungskonzentration sowie ein Denken in funktionalen Räumen für ein nachhaltiges Gesundheitswesen unabdingbar sind.

Aus wirtschaftspolitischer Perspektive stellt eine qualitativ hochstehende und finanziell leistbare Gesundheitsversorgung für den Lebens- und Wirtschaftsraum der Kernregion Ostschweiz ein zentrales Standortkriterium dar.

Die neue Spitalstrategie gibt die richtigen Antworten auf drei Entwicklungen:

1. Anspruch der Bevölkerung an die beste Qualität in der Gesundheitsversorgung. Die Menschen wollen nur die beste Qualität. Diese wird durch eine fortschreitende, hohe Spezialisierung und damit durch eine Leistungskonzentration an wenigen Standorten gewährleistet. Im persönlichen gesundheitlichen Ernstfall ziehen die Menschen den besten, Viel-Disziplinen-Spital dem regionalen vor. Die Solidarität mit dem Spital der eigenen Talschaft oder Region verfliegt. Die Patientenströme zeigen das eindeutig.
2. Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen fordert gerade kleinere Spitäler heraus. Der Fachkräftemangel wird zudem weiter zunehmen. Die besten Gesundheitsspezialisten wollen in den meisten Fällen an den leistungsfähigen, best und modernst ausgerüsteten Spitälern arbeiten.
3. Die Spitalstruktur der drei Kantone St.Gallen, Ausserrhoden und Innerrhoden geht im Wesentlichen auf das 19. Jahrhundert zurück: 12 Akutspitäler führen die drei Kantone mit ca. 580'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Kanton Thurgau mit 250'000 Einwohnerinnen und Einwohnern führt zwei Spitäler. Die ausgebauten Verkehrsnetze und das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung haben die Notwendigkeit für ein Spital im eigenen Bezirk überflüssig gemacht.

Auch wenn die vorliegende Strategie vorerst eine institutionalisierte kantonsübergreifende Zusammenarbeit nicht vorsieht, stellt sie wichtige Voraussetzungen dafür. Die Gesundheitsversorgung kann beim heutigen Mobilitätsverhalten nurmehr kantonsübergreifend in Lebensräumen gewährleistet werden: «als eine Gesundheitsregion». Die vorliegende Strategie und die dazugehörigen Beschlüsse legen die Grundlagen für die eine qualitativ hochstehend und langfristig leistbar Gesundheitsversorgung der Ostschweiz, vor ab für den Kanton St.Gallen.

Ausserrhoden und Innerrhoden haben reagiert: Spital Heiden wird geschlossen, Appenzell verzichtet auf einen Neubau.

Aber natürlich spielen finanzielle Überlegungen eine Rolle: Diese Strategie muss schnell umgesetzt werden, ansonsten drohen den Spitalverbunden, dass das strukturelle Defizit von rund 70 Millionen Franken pro Jahr noch weiter steigen wird. Die kürzlich publizierten finanziellen Ergebnisse der

einzelnen Spitalstandorte bekräftigen den Eindruck, dass es finanziell schlecht um die Spitäler steht, insb. um diejenigen, welche umgenutzt werden sollen. Zusätzlich hätte eine Verzögerung der Umsetzung auch gravierende Auswirkungen auf den Kanton, der durch Beteiligungen und Darlehen im Wert von rund 554 Mio. an den Spitalverbunden beteiligt ist.

Wir begrüßen die neue Spitalstrategie; die Strategie anerkennt den Bedarf einer Leistungskonzentration. Es besteht dringender Handlungsbedarf und die Massnahmen erscheinen als zielgerichtet und angemessen. Die Lage der verbleibenden Standorte erscheint für den Ringkanton St.Gallen sinnvoll. Mit vier Standorten ist der Zugang zu stationären Wahleingriffen weiterhin in zumutbarer Distanz möglich. Aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs ist eine rasche Umsetzung essentiell. Die interkantonale Zusammenarbeit mit dem Ziel einer qualitativ hochwertigen und finanziell leistbaren Gesundheitsversorgung rückt damit einen Schritt näher. Die Bevölkerung hat diesen Schritt nämlich schon vollzogen: die Patientenströme zeigen dies auf. Man geht in das Beste Spital, nicht in das am nächsten Liegende.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich gebe das Wort für die Moderation der Fragerunde zurück an Christoph Graf.»